



Intern

Ortsverein Groß - Buchholz

Liebe Genossinnen und Genossen!

überall im Lande ist die Situation ähnlich: die Finanzen der Kommunen sind löchrig wie unsere Straßen. Vielerorts mussten freiwillige Angebote der Städte und Gemeinden eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden. Genauso ist die Lage auch bei uns: Viele Menschen haben fälschlicherweise den Eindruck bekommen, dass die Gründe für die leeren Kassen bei Rat und Verwaltung zu suchen seien. Doch dies ist weit gefehlt!

In den vergangenen Jahren wurden den Kommunen immer mehr kostenintensive Aufgaben von Bund und Land übertragen. Doch für eine ausreichende Finanzierung wurde dabei nicht gesorgt. Dies ist ein klarer Verstoß gegen ein staatliches Prinzip, das sich „Konnexität“ nennt.

Was steckt dahinter? Kurz gesagt bedeutet es, dass derjenige, der die Musik bestellt hat, sie auch bezahlen muss! Früher wurde das dann tatsächlich so gemacht. Doch inzwischen drücken sich Bund und Land schlicht um die Verantwortung. Sie verstoßen gegen dieses Prinzip, das sogar im Grundgesetz und in der Landes-Verfassung verankert ist.

Inzwischen hat sich die Haushaltslage der meisten Gemeinden und Städte dramatisch verschlechtert. Unsere Haushalte wurden in Ketten gelegt. Unsere Handlungsspielräume wurden in Ketten gelegt. Unsere Rathäuser wurden in Ketten gelegt!

Noch zynischer wird es, wenn wir uns die Entwicklung in Berlin und Hannover

ansehen. Land und Bund sollen schneller schuldenfrei werden. Aber zu wessen Lasten?

Die Lösungen der Bundeskanzlerin und des Ministerpräsidenten waren ganz einfach: Kosten in Milliardenhöhe werden weitergereicht. Schuldenberge werden weitergereicht. Und die immensen Aufwendungen für allerlei Wahlkampfgeschenke an Pharmakonzerne oder die Atomindustrie wurden an uns hier vor Ort weitergereicht! Das macht sich in ihren Kreisen gut - und Frau Merkel und Herr McAllister glauben, wir würden uns das

nicht bis zu den nächsten Wahlen merken können.

Es ist an der Zeit, die Finanzen der Kommunen zu stärken. Die Gewerbesteuer muss gefestigt und gesichert werden.

Selbstständige und Freiberufler sind zum Beispiel bisher von ihr



befreit. Das muss sich schnell ändern.

Es ist auch an der Zeit, dass Bundes- und Landesregierung endlich die Finanzmittel zur Verfügung stellen, die von den Kommunen tatsächlich zur Aufgabenerfüllung gebraucht werden. Und es ist an der Zeit, die Ketten der Rathäuser dauerhaft zu sprengen. Denn wenn wir heute hier wieder weg sind, bleiben die unsichtbaren Ketten am Rathaus durch die Verschuldung weiterhin bestehen.

Wir brauchen also rasch ein Umdenken - oder wir benötigen eine völlig neue Politik. Eine Politik, die den Rathäusern die Ketten abnimmt, statt immer wieder neue zu schmieden. Eine wachsende Zahl von Menschen bezweifelt, dass Frau Merkel und Co. Interesse an einer fairen Finanzausstattung der Kommunen haben. Und offenbar trauen sich Merkels eigene Kommunalpolitiker zudem nicht, den Parteifreunden da oben entgegenzutreten. Zeigen wir Ihnen am 11. September bei der Kommunalwahl, was wir von ihnen und den Löchern in unseren Kommunalhaushalten halten: Nämlich nichts, rein gar nichts!

Euer



Bezirksrat – Rückblick und Programm

Hannover wächst – und unser Stadtbezirk auch. Seit 60 Jahren übernimmt die SPD Verantwortung für unsere Stadt. 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger leben sehr gern oder gern in Hannover. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass dies so bleibt – hier vor Ort: in Groß-Buchholz, Kleefeld und im Heideviertel.

Chancen, Gerechtigkeit, Teilhabe – für alle

Wir wollen allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, unabhängig vom Einkommen, der Herkunft, vom Bildungsstand, der Religion, vom Alter oder von Handicaps. Kinder und Jugendliche brauchen die beste vorschulische und schulische Bildung. Wir setzen uns für mehr Kindergartenplätze und für weitere offene Ganztagschulen im Stadtbezirk ein. Chancengleichheit muss in allen Lebensbereichen gewährleistet werden. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bedarfsgerechtes Wohnen gehören dazu.

Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Die SPD will, dass Chancen

und Teilhabe nicht durch Einkommensverhältnisse bestimmt werden.

Wir haben viel erreicht.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir im Stadtbezirk

- die Einrichtung von Ganztagschulen vorgebracht und für die Einrichtung von 90 zusätzlichen Plätzen in Krippen und Kindertagesstätten gesorgt.
- die Schulwegsicherung vorangetrieben.
- Fahrradwege durch Sanierungen, Stoppschilder und Markierungen sicherer gemacht.
- Freizeitangebote gestärkt und unter anderem die Spielplätze am Heidering und am Schlegelplatz, den Hexenspielplatz und den Fitnessplatz „Am Schmachteberg“ saniert beziehungsweise neu eingerichtet.
- den Standort für ein Einkaufszentrum am Roderbruchmarkt/Winkelriede in enger Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern geplant.
- öffentliche Bücherschränke aufstellen lassen.
- die Wiedereröffnung des Nackenberger Friedhofs von Anfang an nachdrücklich unterstützt.
- die Einrichtung eines Seniorenbüros im Roderbruch durchgesetzt.
- Insgesamt hat der Bezirksrat in den letzten fünf Jahren 172 Projekte mit insgesamt 330.000 € gefördert.

Unsere Ziele

Gute Kinderbetreuung, gute Bildung

Wir setzen uns ein für die Einführung weiterer Ganztagschulen und für die Schaffung von noch mehr Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen im Stadtbezirk. Der Schließung von Einrichtungen der Kinderbetreuung erteilen wir eine klare Absage.

Starke Wirtschaft

Die SPD setzt sich ein für den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in den zentralen Branchen unseres Stadtbezirks, im Einzelhandel, im Mittelstand, in Dienstleistungsunternehmen, in Wissenschaft und Forschung sowie im Pflegebereich. Da-

durch wird zugleich die soziale Sicherung in unserem Stadtbezirk gewährleistet.

Ein Stadtbezirk zum Leben – für Jung und Alt, für alle Kulturen



Georg „Schorse“ Fischer,
unser Bezirksbürgermeister

Wir setzen uns ein für die Sanierung und den Ausbau von Spiellätzen, Freizeitmöglichkeiten und Sportstätten. Die SPD will die Jugendzentren, die Jugend-, Familien- und Erziehungsberatungsstelle und den jugendpsychologischen Dienst stärken und kulturelle Bildungs- und Integrationsangebote ausbauen.

Sportstätten und Sportangebote müssen erhalten und ausgebaut werden.

Sportstätten und Sportangebote müssen erhalten und ausgebaut werden.

Gemeinsam gestalten

Wir werden in Bürgerforen verstärkt über zentrale Themen und Projekte in Groß-Buchholz, Kleefeld und im Heideviertel diskutieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Wir machen uns stark für eine Aufwertung öffentlicher Plätze im Stadtbezirk, in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Mobil, ökologisch, sauber und sicher

Wir stehen für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer. Zugleich setzen wir uns ein für Verkehrsberuhigungen in den Wohngebieten. Vorrang in unserer Verkehrspolitik besitzt der Öffentliche Personennahverkehr. Das Radwegenetz wollen wir sichern und ausbauen. Wir setzen uns ein für die permanente Besetzung der Polizeiwache im Stadtbezirk und für die Einrichtung eines lokalen Kriminal-Präventionsrates.

Ein Platz zum Erholen

Wir wollen einen Stadtbezirk, der mit seinen zahlreichen Grünflächen und

Kleingärten weiterhin einen hohen Erholungswert bietet.

Zur Wahl des Rates

Heute leben 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehr gern oder gern in Hannover. Dies ist für uns Bestätigung und Ansporn zugleich. Ansporn, weil auch Hannover vor vielfältigen Herausforderungen steht. Die Sicherung der Standortqualität für die Unternehmen, Arbeitslosigkeit und Kinderarmut, ungleiche Bildungschancen und zu geringe Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit geringen Einkommen, die zunehmende Zahl älterer, hoch betagter und pflegebedürftiger Menschen, die weitere Verbesserung der Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern mit Beeinträchtigungen sowie der drohende Klimawandel, diesen Herausforderungen stellen wir uns mit einer modernen Kommunalpolitik.

Chancen, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in Hannover - das sind unsere zentralen Ziele für die kommenden fünf Jahre. Diese Ziele ziehen sich deshalb wie ein roter Faden durch die verschiedenen Aufgabenbereiche. Mehr Chancen: Das wünschen wir uns für alle Kinder in Krippen, Kitas und Schulen und beim Übergang in den Beruf, genauso wie für Arbeitslose, für Migrantinnen und Migranten und für Menschen mit Beeinträchtigungen. Mehr Chancen heißt für uns aber auch mehr Chancen, Beruf und Familie zu vereinbaren, eine bedarfsgerechte Wohnung zu finden oder im Alter möglichst lange zuhause wohnen zu können und wenn nötig, gute Pflege zu bekommen. Gute Bildung ist Voraussetzung für Chancengleichheit, aber auch Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Aufstieg. Wir wollen deshalb allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Hannover unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Einkommens und möglicher Beeinträchtigungen gute Bildung ermöglichen.

Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Das heißt für uns konkret: Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern in Hannover die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, unabhängig vom Einkommen, von der Herkunft, vom Bildungsstand und vom Alter. Wir wollen den Zusammenhalt in Hannover stärken und eine Spaltung zwischen arm und reich in der Stadtgesellschaft und in den Stadtteilen vermeiden.



Ein wichtiger Schlüssel zu mehr Teilhabe ist für uns eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze in Hannover zu sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Ich bin überzeugt: Teilhabe lässt sich nicht allein durch Umverteilung erreichen sondern vor allem auch durch wirtschaftliche Dynamik. Dabei geht es uns auch um hohe Lebensqualität und eine lebenswerte Stadt vor allem in den Stadtteilen. Nur eine attraktive Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, kann auch wirtschaftlich prosperieren und gut qualifizierte Fachkräfte an sich binden. Diese Überzeugungen prägen unsere Politik und leiten uns für die kommende Ratsperiode.

Konkret setzen wir bis 2016 auf folgende Schwerpunkte:

1. eine aktive, strategische Wirtschaftspolitik,
2. mehr Chancen durch gute Bildung in Krippe, Kita und Schule bis hin zur Erwachsenenbildung,
3. einen massiven und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung mit Krippen, Kindertagesstätten und die Weiterentwicklung aller Grundschulen zu Ganztagschulen,
4. gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in Hannover unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter oder Beeinträchtigung,
5. eine aktive Klimaschutzpolitik einschließlich Umstellung der Energieerzeugung auf regenerative Energien und
6. eine lebens- und lebenswerte Stadt mit hoher Lebensqualität und Attraktivität.

Ich kandidiere am 11. September bei den Kommunalwahlen für die SPD, weil ich dazu beitragen möchte, dass Hannover auch für die nächsten Generationen seine hohe Lebensqualität behält. Meine Arbeitsschwerpunkte sind Arbeit, Wirtschaft und Soziales.

Henning Hofmann

Drei Wahlen - drei X drei Stimmen



Am 11. September können wir wählen – drei Mal: Die Regionsversammlung, den Rat der Landeshauptstadt Hannover und den Bezirksrat unseres Stadtbezirkes Buchholz-Kleefeld. Auf allen drei Stimmzetteln steht die SPD auf der ersten Position. Die SPD-Liste zur Wahl des Rates umfasst acht Kandidatinnen und Kandidaten, für die Wahl der Regionsversammlung sind neun, für die Wahl des Bezirkrates insgesamt 26 Genossinnen und Genossen nominiert. Die Namen findet ihr auf der nächsten Seite. Wie bei der Wahl des Bezirkrates erstreckt sich unser Wahlgebiet (Wahlbereich) über den gesamten Stadtbezirk mit den Stadtteilen Groß-Buchholz, Kleefeld und Heideviertel. So wechseln sich

BewerberInnen aus Groß-Buchholz und Kleefeld-Heideviertel auf der Liste ab.



Der Stimmzettel für die Ratswahl ist gelb

Der Regionswahlbereich erstreckt sich sogar von Bothfeld bis Anderten.

Im Wahllokal werden drei überformatige Stimmzettel ausgegeben. Der Wahlzettel für die Ratswahl ist gelb, der für die Regionswahl weiß, der für den Stadtbezirk hellblau.

Auf jedem Stimmzettel können drei Kreuze gemacht werden – bei KandidatInnen oder bei der Liste. Dabei können einer Kandidatin oder einem Kandidaten oder auch bei der Liste mehr als eine Stimme gegeben werden – aber nicht mehr als insgesamt drei! Der Fachmann nennt das Kumulieren. Panaschieren, auf Deutsch: die Stimmen auf mehrere Listen verteilen, wollen wir nicht. Sie gehen ja der SPD verloren.

Liebe Genossinnen und Genossen, warum kandidiere ich noch einmal für die Region – was sind meine Beweggründe – was möchte ich noch erreichen.

Ich kandidiere für die Region Hannover, weil ich weiterhin mit dafür sorgen möchte, dass in der Region Hannover die öffentliche Daseinsfürsorge für die Krankenversorgung, den öffentlichen Personennahverkehr, die Müllabfuhr sowie für das Sparkassenwesen erhalten bleiben und nicht in Private Hände verkauft werden, wie des „Schwarz/Gelb“ immer wieder fordert.

Ein gutes kommunales Angebot sichert die Lebensqualität in der Region.

Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl unseres Stadtbezirksrates

1. Georg Fischer
2. Emsal Tasyürek
3. Michaela Cassel
4. Hans Behrendt
5. Henning Hofmann
6. Belgin Zaman
7. Erwin Welke
8. Karsten Plotzki
9. Irma Tinnefeld
10. Wilfried Baron
11. Chris Jäger
12. Björn Siekmann
13. Jörg Jermolow
14. Petra Petrasch
15. Klaus Beensen
16. Dr. Marc-Dietrich Ohse
17. Inge Mott-Villa Ramirez
18. Melanie Dore
19. Lars Kreiner
20. Monika Gehle
21. Hasan Ismailer
22. Andreas Kalies
23. Heidemarie Folske-Teich
24. Wolfgang Fernekohl
25. Birgit Merkel
26. Andreas Hammerschmidt

Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Rates im Ratswahlbereich 4

1. Henning Hofmann
2. Belgin Zaman
3. Eckhart Galas
4. Birgit Merkel
5. Patrick Schröder
6. Ingrid König
7. Monika Gehle
8. Georg Fischer

KandidatInnen für die Wahl der Regionsversammlung im Wahlbereich Hannover-Nordost

1. Ingrid König
2. Klaus Brauer
3. Rita Scholvin
4. Klaus Dickneite
5. Henning Hofmann
6. Gilbert Wolff
7. Knut Fuljahn
8. Birgit Merkel

Ich kandidiere für die Region Hannover, damit die „Soziale Daseinsvorsorge“ und ein gutes soziales Klima weiterhin einen so hohen Stellenwert haben wie heute. Trotz unzureichender finanzieller Ausstattung der Region darf nicht bei den Ärmsten gespart werden. Das Geld für soziale Projekte, wie z.B. der Sozialtarif im „ÖPNV“ und beim „Zoo“ oder Kinder-, Jugend-, Senioren- und Behindertenprojekte muss da sein. Einen Kahlschlag, wie es die Opposition in der Region anstrebt, werden wir verhindern.

Ich kandidiere für die Region Hannover, um weiterhin dafür zu kämpfen, dass es Arbeit für alle gibt, und zwar Arbeit, von der man leben kann – ohne zusätzliche Hilfen vom Staat. Wir wollen die Einführung eines Mindestlohnes unterstützen, der diese Voraussetzungen erfüllt.

Ich kandidiere für die Region Hannover, weil ich weiterhin mit dafür sorgen will, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Region, egal welchen Alters, welcher Herkunft, welcher Religion auch in Zukunft ein Leben in einem guten Klima und in einer intakten Umwelt genießen können.



Ingrid vertritt uns in der Regionsversammlung

Der Bund und die Kommunen

Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung dafür, dass das Zusammenleben der Menschen gelingt und der soziale Zusammenhalt gesichert ist.

Nach Artikel 28 Abs. 2 GG gewährleisten Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die öffentliche Daseinsvorsorge, erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der Gesellschaft und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Diesen umfassenden Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern können die Kommunen aber nur dann gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert ist.

In der Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung hat der Bund wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage ergriffen. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer verbreitert und damit ihr Aufkommen stabilisiert. Das Anfang 2009 aufgelegte Konjunkturpaket II stärkte gezielt die kommunale Investitionskraft. Der steuerliche Querverbund wurde gesetzlich geregelt. Bei all diesen Maßnahmen war die SPD innerhalb der Bundesregierung die treibende Kraft. Das hat sich positiv ausgewirkt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese positive Entwicklung allerdings jäh gestoppt. Auch die Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung und das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ (unter anderem Hotelsteuer) hat die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen noch verschärft. Dagegen hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im März 2010 einen „Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise“ gefordert. Wir wollen unter anderem:

- dass auf Maßnahmen, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, verzichtet wird,**

- dass die Länder ihren Verpflichtungen zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen nachkommen,
- dass die ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt für kommunale Investitionsmaßnahmen, Betriebsmittel und sonstige Finanzierungsanteile des Bundes an kommunalen Auftragsangelegenheiten durch die Länder erfolgt
- dass bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sichergestellt ist
- dass die bewährten Programme der Städtebauförderung, wie die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau-Ost und Stadtumbau West, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Städte- und Ortsteilzentren bedarfsgerecht weiterentwickelt und verstärkt werden

Positiv ist jetzt zu vermelden, dass die von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission ihre Beratungen nach 15 Monaten beendet hat, ohne sich auf eine gemeinsame Position verständigen zu können. Damit ist die Bundesregierung mit ihren Plänen zur Abschaffung der Gewerbesteuer eindrucksvoll gescheitert. Durch den Widerstand der SPD-regierten Bundesländer und der Kommunen ist es gelungen, mit der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden, mit rund 39 Milliarden Euro in diesem Jahr, dauerhaft zu sichern. Um die Einnahmesituation der Gemeinden noch zu verbessern und zu stabilisieren, ist es aus unserer Sicht erforderlich, die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer zu verbreitern und Freiberufler und Selbständige einzubeziehen.

Gleichzeitig ist es den SPD-Ländern im Rahmen der Verhandlungen zur Neuregelung des Sozialgesetzbuches II gelungen, die Kommunen durch die vollständige Übernahme der „Grundsicherung im Alter“ durch den Bund bis 2014 spürbar zu entlasten und das „Bildungs- und Teilhabepaket“ verbunden mit einer auskömmlichen Finanzierung an die Kommunen zu übertragen.

Kerstin Tack, MdB

Neue Juso-AG gegründet

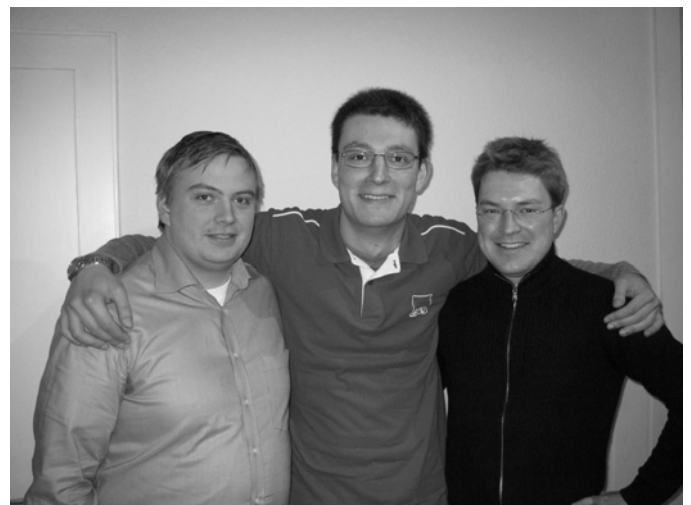
Die Groß-Buchholzer Parteijugend hat die Jusos neu gegründet. Damit ist auch unser Ortsverein wieder in den Juso-Gremien Hannovers vertreten.

Die Jusos sind die Jugendorganisation der SPD – alle Parteimitglieder unter 35 sind automatisch Mitglied. Thematisch geht es uns zum einen um die Einbringung junger Themen und Methoden in die Politik sowie um die Unterstützung des Ortsvereins und der jungen Kandidaten im kommenden Wahlkampf. Vor allem aber wollen wir Politik machen, die auch Spaß bringt und neue Ideen ausprobiert.

Für künftige Projekte suchen wir noch aktive Mitstreiter. Wer mitmachen möchte oder schon Ideen dazu hat ist herzlich eingeladen. Der Termin wird über den Mailverteiler verschickt. Wer darin aufgenommen werden möchte bitte

bei Sebastian melden (Mail siehe Rückseite).

Sebastian Cammann



Vorstand Ortsverein
Groß-Buchholz

Henning Hofmann
Ortsvereinsvorsitzender
Merianweg 13
☎ 22 04 907
Henning.Hofmann@bernd-lange.de

Udo König
Ehrevorsitzender
Pasteurallee 90
☎ 547 68 24
I_U_Koenig@t-online.de

Birgit Merkel
Stellv. Ortsvereinsvorsitzende
Hesemannstraße 5
☎ 546 38 49
birgit-horst-merkel@t-online.de

Irma Tinnefeld
Stellv. Ortsvereinsvorsitzende
Silberstraße 22
☎ 549 96 27
ictinnefeld@freenet.de

Georg Fischer
Kassierer
An der Silberkuhle 3
☎ 546 36 33
IGFischer@t-online.de

Hubert Harfst
Schriftführer
Girlitzpark 63
☎ 57 15 29
harfsthannover@aol.com

BeisitzerInnen

Margret und Klaus Beensen
Kolbeweg 14
☎ 37 35 46 76

Imke Brandenburg
Groß-Buchholzer Str. 6a
☎ 0163 57 85
goldenmelling@web.de

Bernd Dobke
Pinkenburger Gang 14
☎ 54 95 06

Horst Buchholz
Stensenweg 14
☎ 69 96 66
horst-buchholz@htp-tel.de

Sebastian Camman
Karl-Wiechert-Allee 15
☎ 33 77 933
scammann@web.de

Michaela Cassel
Gimpelsteg 3
☎ 21 54 672
Michaela-Cassel@t-online.de

Heidemarie Folske-Teich
Merianweg 1
☎ 547 98 13
heidifolske@aol.com

Peter Heberlein
Girlitzpark 16
☎ 579 80 85
peter.heberlein@htp-tel.de

Wolfgang Heckeroth
Boßdorfstr. 2
☎ 57 48 67
w-heckeroth@arcor.de

Hassan Ismailler
Leiblstr. 10
☎ 0163 36 56 485
hasan.ismailler@web.de

Chris Jäger
Buchenplan 9
☎ 37 36 14 35
jaeger.chris@live.de

Jörg Jermelow
Gulbranssonweg 1
☎ 21 94 848
JoergJermolow@gmx.de

Ingrid König
Pasteurallee 90
☎ 547 68 24
I_U_Koenig@t-online.de

August Kracke
Peter-Köster-Straße 1A
☎ 549 91 01

Lars Kreiner
Weidetorstraße 16
L.Kreiner@htp-tel.de

Sebastian Mathies
Bergiusstraße 28
matthies.sebastian@web.de

Horst Merkel
Hesemannstraße 5
☎ 546 38 49
birgit-horst-merkel@t-online.de

Inge Mott-Villa Ramirez
Groß-Buchholzer Str. 19
☎ 547 65 02

Erwin Welker
Nobelring 17a
☎ 57 89 81
erwin_welker@web.de

Mandatsträger für den
Ortsverein Groß-Buchholz
(*Anschriften siehe vorne*)

Kerstin Tack, MdB
BürgerInnenbüro Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1
30655 Hannover
☎ 69 98 05
kerstin.tack@wk.bundestag.de

Ingrid König
Regionsabgeordnete

Birgit Nerenberg
Ratsfrau im Rat der Stadt Hannover

Mitglieder im Bezirksrat
Buchholz-Kleefeld

Georg Fischer
Bezirksbürgermeister

Irma Tinnefeld
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Klaus Beensen

Birgit Merkel

Erwin Welker